

Pressemitteilung: Wer an Psychotherapie spart, gefährdet Suizidprävention

Jena, den 15.04.2026

Die Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention (DGS) kritisiert entschieden die zum 1. April 2026 vom Spitzenverband der Gesetzlichen Krankenkassen beschlossene Absenkung der Vergütung ambulanter psychotherapeutischer Leistungen um 4,5 Prozent. Diese Entscheidung gefährdet die psychotherapeutische Versorgung und trifft damit eine der wichtigsten Säulen der Suizidprävention in ihrem Kern.

Psychotherapeutische Behandlung ist ein zentraler Schutzfaktor in suizidalen Krisen. Sie ermöglicht es, Menschen frühzeitig zu erreichen, zu stabilisieren und langfristig zu begleiten. Bereits heute ist der Zugang zur Versorgung durch lange Wartezeiten erheblich eingeschränkt: Im Durchschnitt warten Menschen in Deutschland 142 Tage auf einen Therapieplatz. Die aktuellen Kürzungen werden diese Situation weiter verschärfen.

Gerade die Behandlung suizidaler Patient*innen erfordert des Öfteren ein höheres Maß an zeitlicher Flexibilität, Zuwendung und enger Vernetzung mit anderen Hilfesystemen. Unter zunehmendem wirtschaftlichen Druck besteht die Gefahr, dass genau diese notwendige Versorgungsqualität eingeschränkt wird und therapeutische Entscheidungen stärker von ökonomischen Erwägungen beeinflusst werden. Besonders belastete Menschen mit komplexen Krankheitsverläufen könnten dadurch künftig noch schwerer Zugang zu einer bedarfsgerechten Behandlung finden.

Vor dem Hintergrund eines wachsenden Bedarfs an Psychotherapie, langer Wartezeiten und anhaltend hoher Suizidzahlen sendet diese Maßnahme ein fatales Signal. In Deutschland sterben jedes Jahr über 10.000 Menschen durch Suizid, bei Menschen unter 25 Jahren ist Suizid die häufigste Todesursache. Gerade in dieser Situation werden Versorgungsstrukturen nicht gestärkt, sondern geschwächt, mit direkten Folgen für die Suizidprävention. Wer an Psychotherapie spart, erschwert den Zugang zu Hilfe und riskiert, dass Menschen in Krisen nicht rechtzeitig erreicht werden.

Die DGS fordert daher:

- die Rücknahme der Honorarkürzungen
- eine nachhaltige Stärkung und bedarfsgerechte Finanzierung psychotherapeutischer Versorgung
- sowie eine klare gesundheitspolitische Priorisierung der Suizidprävention in Form eines Suizidpräventionsgesetzes

Psychische Gesundheit kann nicht eingespart werden, sondern sie ist eine Grundvoraussetzung für gesellschaftliche Stabilität, Arbeitsfähigkeit und Teilhabe. Um die gegenwärtigen Entwicklungen zu stoppen, kann jede Person aktiv werden:

- Wenden Sie sich an politische Entscheidungsträger*innen wie Landtagsabgeordnete und machen Sie auf die Folgen dieser Kürzungen aufmerksam
- Beteiligen Sie sich an öffentlichen [Aktionen und Demonstrationen](#) in Ihrer Region
- Unterstützen Sie bestehende Initiativen, etwa durch das Unterzeichnen von [Petitionen](#)

Gemeinsam können wir den Druck auf politisch Verantwortliche erhöhen, die Kürzungen stoppen und die Suizidprävention in Deutschland schützen.

Im Namen des Vorstands der Deutschen Gesellschaft für Suizidprävention e.V.

Prof. Dr. med. Ute Lewitzka, Vorstandsvorsitzende

PD Dr. Gerd Wagner, Geschäftsführung

Prof. Dr. med. Elmar Etzersdorfer, stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Dr. Uwe Sperling, stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Barbara Urban, Schatzmeisterin

M.A. Christine Schweizer, Vorstandsmitglied

Dr. med. Tim Krause, Vorstandsmitglied

Dipl. M.A. Nina von Ohlen, Vorstandsmitglied

M.Sc. Chantal Abt, Vorstandsmitglied

Dipl.-Pfleger Christian Petzold, Vorstandsmitglied

Kontakt und weitere Informationen:

Deutsche Gesellschaft für Suizidprävention e.V.

Universitätsklinikum Jena

Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie

Philosophenweg 3, D-07743 Jena

E-Mail: dgs.gf@suizidprophylaxe.de

www.suizidprophylaxe.de